

FDP-Wähler wollen Schäuble

SPIEGEL-Umfrage über die politische Situation im Monat Juni

Mehrheiten für die Fristenregelung beim Schwangerschaftsabbruch gab es im Bundestag und gibt es in der Bevölkerung, aber sie sind verschieden groß:

In Bonn stimmte gut die Hälfte der Abgeordneten für einen „Gruppenantrag“ und damit für die Fristenregelung, als vorige Woche in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag über die Neufassung des Abtreibungs-Paragraphen 218 entschieden wurde. Den Antrag hatten die Fraktionen der SPD und der FDP zusammen mit einigen Abgeordneten der CDU gestellt.

Hingegen wird die neue Fristenregelung von einer Dreiviertel-Mehrheit der Bundesbürger bejaht. Dieses Ergebnis brachte eine Umfrage des Bielefelder Emnid-Instituts im Auftrag des SPIEGEL, die neun Tage vor der Ent-

scheidung des Bundestages abgeschlossen wurde.

76 Prozent der 3000 repräsentativ ausgewählten Befragten (2000 im Westen, 1000 im Osten) äußerten sich positiv über den „Gruppenantrag“.

Die Emnid-Kurzfassung des Antrags, die 480 Interviewer den Befragten vorlegten:

„Der Abbruch einer Schwangerschaft bleibt in den ersten drei Monaten straffrei, wenn sich die Frau vorher einer Beratung unterzieht. Danach entscheidet sie allein, ob sie die Schwangerschaft abbrechen will.“

29 Prozent der Befragten fanden eine solche Neuregelung „sehr gut“, weitere 47 Prozent „eher gut“, hingegen nur 18 Prozent „eher schlecht“ und lediglich 6 Prozent „sehr schlecht“. Demnach denkt nur jeder 17. Deutsche so wie die katholischen

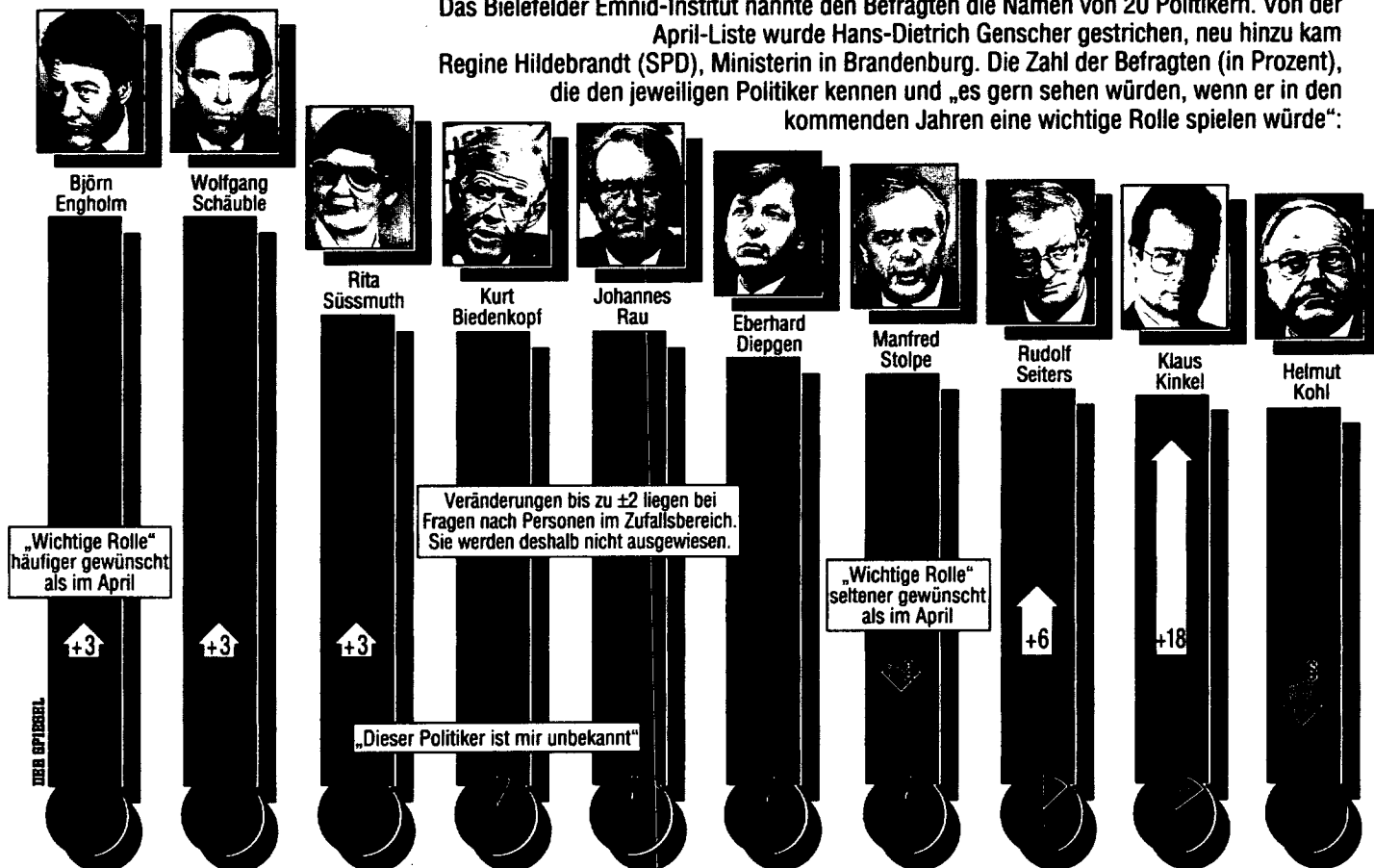
Bischöfe, die eine Fristenregelung total verwerfen.

Etliche Male hatte Emnid in den letzten Jahren die grundsätzliche Einstellung der Bundesbürger zum Schwangerschaftsabbruch erforscht. Immer gab es eine liberale Mehrheit, aber sie war nie so groß wie jetzt bei der Frage nach dem Bonner „Gruppenantrag“.

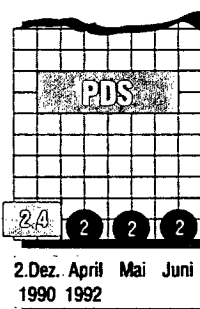
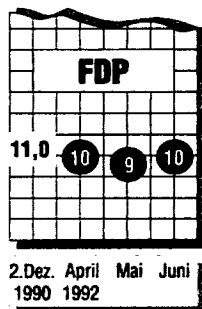
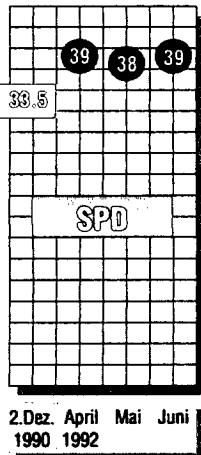
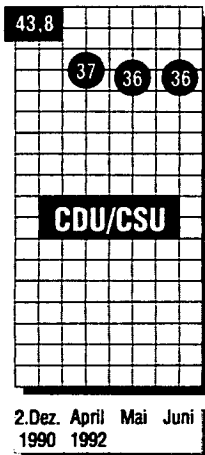
Stets hatten sich zwischen 54 und 61 Prozent dafür ausgesprochen, den Abbruch einer Schwangerschaft überhaupt nicht mehr unter Strafe zu stellen oder in den ersten drei Monaten zu erlauben. Zwischen 26 und 32 Prozent bejahten die bundesdeutsche Fassung des Paragraphen 218 (Straffreiheit nur bei medizinischer oder sozialer Indikation). Und 11 Prozent wünschten eine so strenge Regelung, wie sie in etwa den Vorstellungen der katholischen

KINKEL NACH VORN

Das Bielefelder Emnid-Institut nannte den Befragten die Namen von 20 Politikern. Von der April-Liste wurde Hans-Dietrich Genscher gestrichen, neu hinzu kam Regine Hildebrandt (SPD), Ministerin in Brandenburg. Die Zahl der Befragten (in Prozent), die den jeweiligen Politiker kennen und „es gern sehen würden, wenn er in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle spielen würde“:



KOALITION WEITERHIN OHNE MEHRHEIT



„Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“ Die Antworten der Bundesbürger in Ost und West auf diese „Sonntagsfrage“ in den letzten drei Monaten, zum Vergleich das Ergebnis der Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990:

Alle Ergebnisse in allen Grafiken in Prozent.

Oberhirten entspricht: Nur wenn das Leben der Frau gefährdet ist, soll ein Abbruch erlaubt sein.

In der monatelangen Auseinandersetzung haben die Argumente der Befürworter einer Fristenregelung stärker gewirkt als die Argumente der Gegner, zumal zu den Befürwortern so populäre Politikerinnen wie Rita Süsmuth und zu den schärfsten Gegnern unpopuläre Kirchenfürsten wie der Kölner Kardinal Meisner gehörten.

Meisner drohte einen Kulturkampf an und sprach der CDU das Recht auf christliche C für den Fall ab, daß es im Bundestag keine Mehrheit für eine Indikationsregelung gebe.

In diesem Kampfgetöse ging völlig unter, daß für die katholischen Bischöfe eine Indikationsregelung, wie sie die CDU/CSU-Fraktion beantragt hatte, gegenüber einer Fristenregelung nur die weniger schlechte von zwei schlechten

Möglichkeiten war. Weithin entstand der Eindruck, die Spitzen von CDU/CSU und katholischer Kirche seien sich völlig einig.

Schon deshalb vergrößerte sich die Mehrheit für eine Fristenregelung. Denn seit Papst Paul VI. vor 24 Jahren den Frauen die Pille verboten und sich damit als inkompetent für Moral und Sexualität erwiesen hat, sind viele Deutsche von vornherein überzeugt, daß falsch sein muß, was die katholische Kirche für richtig erklärt.

Viele Anhänger einer Indikationsregelung, die sich genauer informierten, sahen einen gewichtigen Grund, sich für die Fristenregelung auszusprechen. Die Union war entschlossen, die Indikationsregelung zu verschärfen. Anders als in der seit 1976 geltenden Fassung des Paragraphen 218 sollte der Arzt verpflichtet werden, die Kernpunkte des Beratungsgesprächs mit der Schwangeren zu protokollieren – mit dem Ziel,

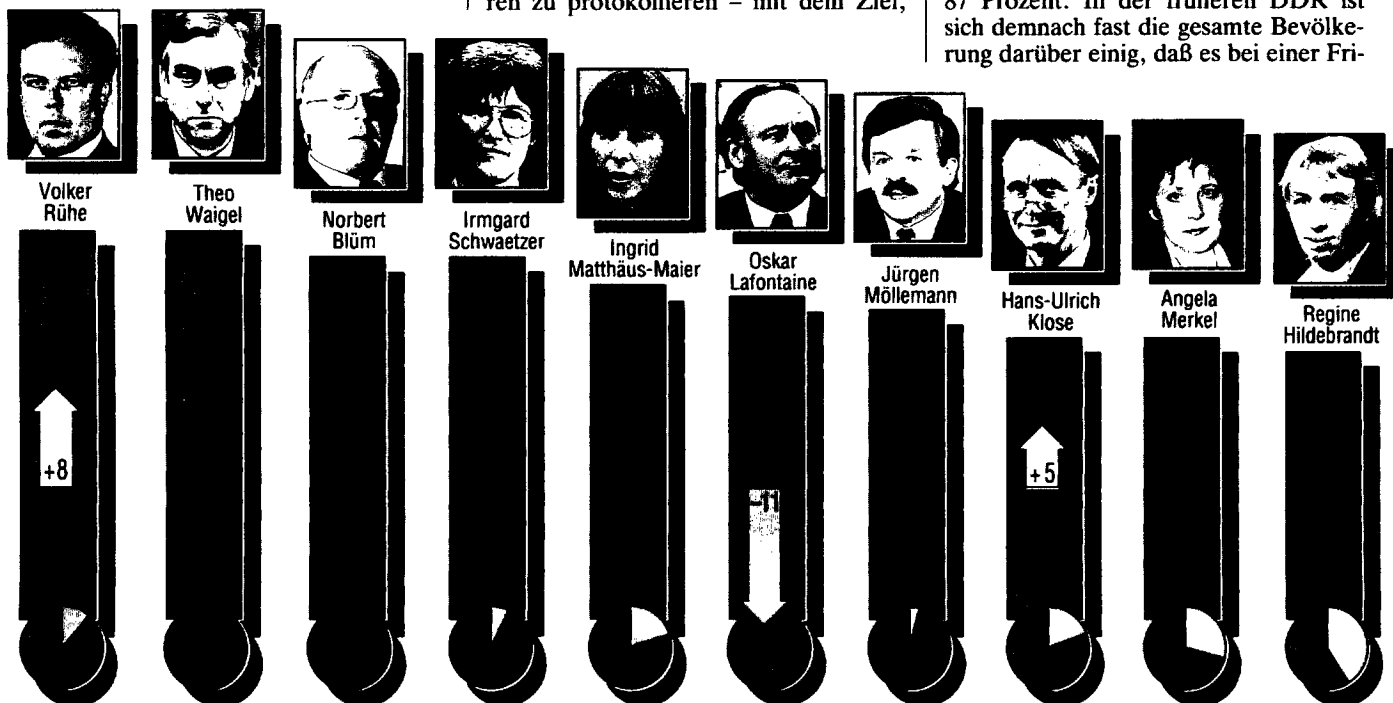
die von der Frau vorgebrachten Gründe einer gerichtlichen Nachprüfung zugänglich zu machen.

Die CDU/CSU, ohnehin seit langem in einem Tief, steht vor einem neuen Problem. Im Streit um den Abtreibungs-Paragraphen vertritt die Führung der Union einen völlig anderen Standpunkt als die meisten Bundesbürger und – schlimmer noch – als die meisten Wähler der C-Parteien.

Wie 79 bis 83 Prozent der Anhänger von SPD, FDP und Grünen bejaht auch eine Zweidrittel-Mehrheit der CDU/CSU-Anhänger (67 Prozent) die Fristenregelung mit Beratungspflicht.

In dieser Hinsicht unterscheiden sich die Unions-Anhänger kaum von den anderen Bundesbürgern. Mehrheiten für die Fristenregelung gibt es in allen Bevölkerungsgruppen.

In den alten Bundesländern liegt die Mehrheit bei 72, in den neuen sogar bei 87 Prozent. In der früheren DDR ist sich demnach fast die gesamte Bevölkerung darüber einig, daß es bei einer Fri-



NUR MINDERHEIT FÜR KOHL ALS KANZLER

Bei einer Direktwahl des Bundeskanzlers würden sich entscheiden von je 100

■ WESTDEUTSCHEN ■ OSTDEUTSCHEN
■ BUNDESBÜRGERN INSGESAMT



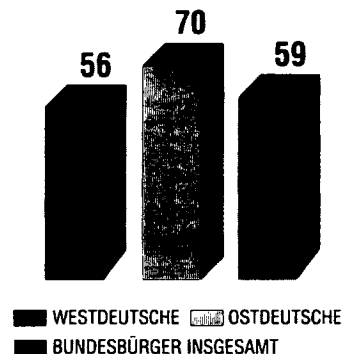
Für den besseren Kanzler aus den Reihen der CDU/CSU halten von je 100



An 100 fehlende Prozent: Keine oder andere Antwort

MEHRHEIT ERWARTET WECHSEL IN BONN

Es erwarten einen Machtwechsel in Bonn nach der nächsten Bundestagswahl im Herbst 1994:



DER SPIEGEL

stenregelung bleiben soll. Sie war dort 20 Jahre lang Gesetz und ist im Einigungsvertrag befristet für weiterhin geltendes Recht erklärt worden.

Daß Parteispitze und Parteibasis der Union im Abtreibungsstreit konträrk denken, kann die CDU/CSU weitere Wähler kosten. Seit der Bundestagswahl im Dezember 1990 ist die Zahl der Unions-Anhänger bereits von 43,8 auf 36 Prozent zurückgegangen. Somit haben sich 4,7 Millionen Männer und Frauen von der Union abgewandt. Das sind mehr Bundesbürger, als sich bei der letzten Bundestagswahl in Baden-Württemberg und Niedersachsen für die CDU entschieden hatten.

Der Schwäche der CDU/CSU und damit auch der Koalition sind sich die meisten Bundesbürger stärker denn je be-

wußt, wie der Vergleich früherer Ergebnisse mit den Juni-Zahlen zeigt.

Von 43 Prozent im Januar dieses Jahres auf nunmehr 16 Prozent ist die Zahl der Bundesbürger gesunken, die meinen, die Stimmung sei für die CDU/CSU „besonders günstig“.

Nicht mehr eine Minderheit von 44 Prozent wie im Januar, sondern eine Mehrheit von 59 Prozent rechnet damit, daß die Bundestagswahl im Herbst 1994 einen Machtwechsel bringen wird. Sogar 29 Prozent der CDU/CSU-Wähler glauben nicht an einen Sieg „ihrer“ Partei und an eine Mehrheit für die Koalition.

Bei vielen Bundesbürgern stimmen hinsichtlich der nächsten Wahlen Erwartung und Hoffnung überein. Nur noch 30 Prozent nannten die jetzige Ko-

alition von CDU/CSU und FDP, als sie gefragt wurden, welche Koalition ihnen am liebsten sei. 48 Prozent wünschen eine Koalition der SPD mit der FDP und/oder den Grünen, weitere 18 Prozent eine Große Koalition.

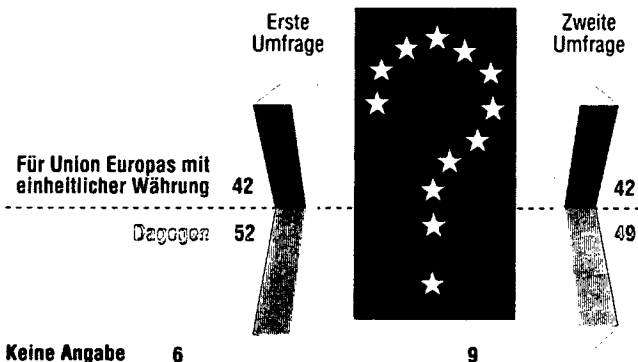
Durchgängiger Eindruck der Juni-Umfrage: Viele FDP-Wähler sind auf Distanz zum Kanzler und zur CDU/CSU gegangen.

Zwar würden sich bei einer Direktwahl die meisten FDP-Wähler für Kohl und nicht für Engholm entscheiden; aber weit lieber als Kohl würden sie Schäuble im Kanzleramt sehen.

Anders als früher meint nicht eine Minderheit, sondern die Mehrheit der FDP-Wähler, daß es 1994 zu einem Wechsel kommt. Und als Wunschartner ihrer Partei in einer Bonner Koali-

VOTUM GEGEN MAASTRICHT

Zweimal fragte Emnid je 500 westdeutsche Bundesbürger, wie sie bei einem Volksentscheid über die politische Union Europas mit einheitlicher Währung abstimmen würden. Die erste Umfrage lief nach dem negativen dänischen, die zweite nach dem positiven irischen Volksentscheid. Die Ergebnisse:



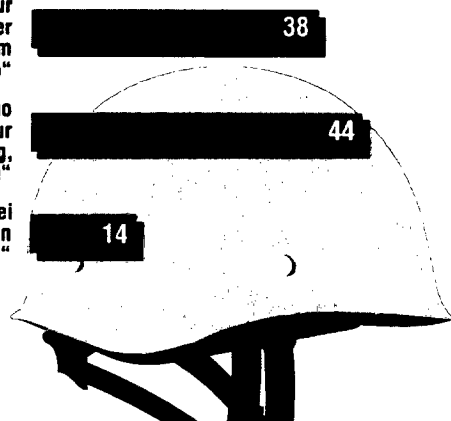
BLAUHELM FÜR DIE BUNDESWEHR?

Drei Antworten standen zur Wahl bei einer Frage nach dem künftigen Einsatz der Bundeswehr. Das Ergebnis:

„Wie bisher nur zur Verteidigung der Bundesrepublik im Rahmen der Nato“

„Auch für die Uno als ‚Blauhelme‘ zur Friedenserhaltung, ohne Waffen“

„Auch für die Uno, bei friedenschaffenden Einsätzen, mit Waffen“



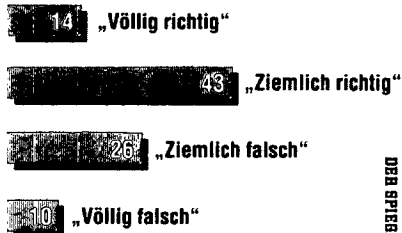
DER SPIEGEL

STOLPE UND DIE STASI

„Wie hat sich Manfred Stolpe bei seinen Kontakten mit der Stasi verhalten?“



Vier Antworten standen zur Wahl:



Stolpe hat sich verhalten nach Meinung der

WESTDEUTSCHEN OSTDEUTSCHEN

„Völlig richtig“ oder „ziemlich richtig“



tion nannten etwa gleich viele FDP-Anhänger die CDU/CSU und die SPD.

Bei den Bemühungen um eine liberale Neuregelung des Paragraphen 218 haben erstmals seit dem Machtwechsel 1982 die Regierungspartei FDP und die Oppositionspartei SPD gemeinsam einen Antrag eingebracht. 58 Prozent der FDP- und 61 Prozent der SPD-Wähler würden es begrüßen, wenn die beiden Parteien in nächster Zeit „auch in ande-

ren Fragen ab und zu zusammenarbeiten würden“.

Daß mit der CDU/CSU kein Staat mehr zu machen ist, ist die Überzeugung vieler Bundesbürger. Als Emnid bat, die Arbeit der von der CDU/CSU geführten Regierung in Schulnoten zu beurteilen, entschieden sich die eigenen Unions-Anhänger für „befriedigend“ (Durchschnittsnote 3.0), die anderen Befragten für „ausreichend“ bis „mangelhaft“ (Note 4.4).

Vermutlich wäre die Situation Kohls und seiner Partei schon schier aussichtslos, böte sich mit der SPD eine attraktive Alternative an. Doch davon kann keine Rede sein. Das stellte sich heraus, als die Interviewer von den Befragten wissen wollten, was sie von einer SPD-geführten Regierung erwarten.

Nur eine Minderheit von 31 Prozent ist davon überzeugt, daß sie es „besser machen“ würde. Umgekehrt meinen 24 Prozent, daß sie noch „schlechter“ arbeiten würde. Und 42 Prozent nehmen an, daß sie genauso gut oder schlecht wäre wie die jetzige Regierung.

Auf dem Boden dieser starken Enttäuschungen und schwachen Erwartungen geht die Saat der Radikalen auf. Bei 5 Prozent hat sich der Anteil der Bundesbürger stabilisiert, die sich für die Republikaner entscheiden und ihnen zum Einzug in den Bundestag verhelfen würden.

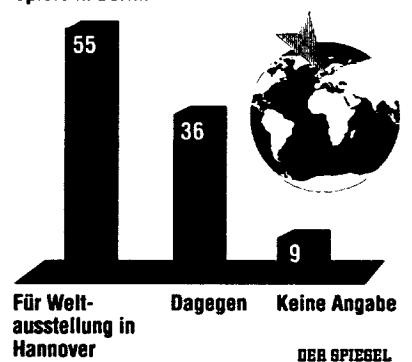
So hoch wie noch nie seit Herbst vorigen Jahres ist die Zahl derer, die „Verständnis für rechtsradikale Tendenzen“ haben.

Und viele Bundesbürger nehmen an, daß die Republikaner weiter im Aufwind bleiben. Auf die Frage, für welche Partei die Stimmung „besonders günstig“ sei, wurden nach der SPD die Republikaner am häufigsten genannt: von 30 Prozent der Befragten.

Verstärkt wird die Verdrossenheit vieler Bundesbürger über die etablierten Parteien durch die Affäre um die Pensionsbezüge Oskar Lafontaines. Nach vorherrschender Volksmeinung

OLYMPISCHE SPIELE IN BERLIN?

Mit Hinweis auf die Kosten wurde gefragt, ob im Jahre 2000 die Olympischen Spiele in Berlin und die Weltausstellung in Hannover stattfinden sollen. Die Ergebnisse, repräsentativ für die Bevölkerung in der alten Bundesrepublik:



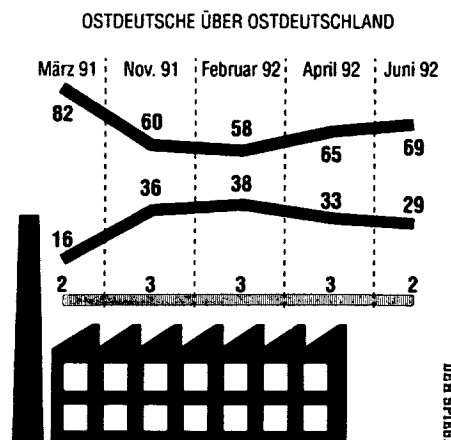
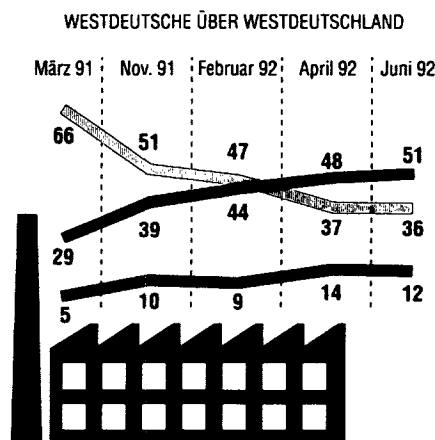
sollte der Saar-Regierungschef und Vizechef der SPD, der vier Jahre lang zu den zehn populärsten Politikern gehörte, auf der Bonner Bühne keine „wichtige Rolle“ mehr spielen. Im April sahen noch 51 Prozent der Befragten in Lafontaine einen Mann mit Zukunft, im Juni nur 40 Prozent. Vom Platz 10 der Emnid-Reihe ist er auf Platz 16 zurückgefallen.

Lafontaines Absturz ist noch tiefer, als diese Zahlen zeigen. Emnid wieder-

IM OSTEN WIRD'S SCHLECHTER

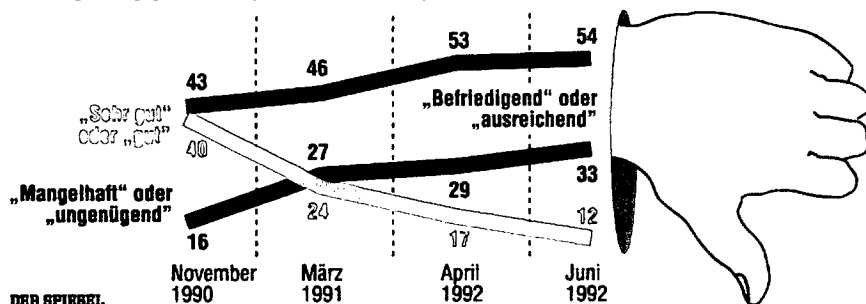
Über die „allgemeine wirtschaftliche Lage“ in ihrem Teil der Bundesrepublik sollten sich die Befragten in West- und Ostdeutschland äußern:

„Sehr gut“ oder „gut“
 „Teils, teils“
 „Schlecht“ oder „sehr schlecht“



EIN DRITTEL: NOTEN 5 UND 6

Die Volksmeinung über die Arbeit der Regierung hat sich seit Ende 1990, der Zeit unmittelbar vor den letzten Bundestagswahlen, ständig verschlechtert. Der Regierung gaben von je 100 Bundesbürgern die Noten:



holte die Frage bei einer späteren Telefon-Umfrage, die am 21. Juni endete, und nun wünschten Lafontaine sogar nur noch 28 Prozent eine „wichtige Rolle“. Bliebe es bei diesem geringen Zuspruch, käme Lafontaine bei der nächsten Umfrage in der Reihe der 20 Politiker auf den letzten Platz.

Dabei sind die Deutschen keineswegs blind vor Zorn über Lafontaines Ruhegelder. Für den Rücktritt des Saar-Ministerpräsidenten sprachen sich nur 22 Prozent aus. Weitere 33 Prozent fanden, er solle „bis zur endgültigen Klärung der Vorwürfe“ sein Amt ruhen lassen, nach Meinung von 41 Prozent soll der SPD-Politiker sein Amt weiter ausüben.

Die Juni-Umfrage brachte wie die vorangegangenen keine Anzeichen dafür, daß im vereinten Deutschland zusammenwächst, was zusammengehört. Im Gegenteil: Der Kontrast zwischen reichem Westen und armem Osten wird nicht als schwächer, sondern als noch stärker empfunden.

In der einstigen DDR, die Kohl binnen weniger Jahre in ein blühendes Land zu verwandeln versprach, verdorren die Hoffnungen. Und in der alten Bundesrepublik ist die Sorge weit verbreitet, durch die Milliarden, die in den Osten fließen, würden „die Wirtschaft und der Wohlstand in Westdeutschland geschwächt“. 48 Prozent der westdeutschen Befragten äußerten sich in diesem Sinne.

Und als sie ihre eigene Belastung durch die Kosten der Einheit einschätzen sollten, erklärten nur 17 Prozent, sie sei „gering“, hingegen 82 Prozent, sie sei „groß“.

Daß die Deutschen in Ost und West noch immer in zwei Welten leben, zeigt exemplarisch die grundverschiedene Einstellung zu der Brandenburger Ministerin Regine Hildebrandt.

48 Prozent der Westdeutschen kennen sie nicht, weitere 28 Prozent mögen sie nicht. Während ihr im Westen nur 23 Prozent eine „wichtige Rolle“ wünschen, sind es im Osten 72 Prozent. Dort ist sie eine Identifikationsfigur. Gäbe es getrennte Emnid-Listen, so stünde Regine Hildebrandt im Westen auf Platz 20, im Osten auf Platz 2 – hinter Engholm und sogar knapp vor dem Brandenburger Regierungschef Manfred Stolpe.

Auch über Stolpe gehen die Meinungen auseinander: Im Osten wünscht ihm eine absolute Mehrheit von 71 Prozent, im Westen hingegen nur eine relative Mehrheit von 48 Prozent eine „wichtige Rolle“.

Stolpes einstige Kontakte mit der Stasi werden unterschiedlich beurteilt, wenn auch in Ost und West die positive Meinung überwiegt (siehe Grafik Seite 46).

Wie fremd sich die einstigen DDR-Bürger im vereinten Deutschland fühlen, offenbaren ihre Antworten auf die Frage: „Kann die Kontakte Stolpes mit der Stasi im Grunde nur derjenige richtig beurteilen, der selbst in der DDR gelebt hat, oder können darüber auch die Westdeutschen urteilen?“

89 Prozent meinten: „Nur wer selbst in der DDR gelebt hat.“ Lediglich 10 Prozent fanden: „Auch die Westdeutschen“ könnten da mitreden.

Wir richten
unseren Blick
auf Ihre Ziele.

Für den gemeinsamen
Erfolg.

Wenn es um maßgeschneiderte Vermögenskonzepte geht, legen wir uns mächtig ins Zeug. Bei allem Einsatz werden Sie jedoch nie erleben, daß unsere Experten über Ihren Kopf hinweg entscheiden. Denn Ihre persönlichen Vorstellungen spielen bei uns eine zentrale Rolle. Legen Sie mehr Wert auf Renten oder Aktien? Bevorzugen Sie Auslands- oder Inlandsengagements? Ihre Vorgaben und unser Know-how sind die ideale Basis für eine optimale Vermögensanlage. Probieren Sie es aus. Anruf genügt.



KREDIETBANK-BANKVEREIN AG

DIE BANK FÜR IHREN ERFOLG

Bremen · Düsseldorf · Frankfurt/Main · Berlin
Hauptsitz Bremen, Wachtstraße 16,
Tel. 0421-36 841
Niederlassung Düsseldorf, Bahnstraße 17,
Tel. 0211-13 07 50
Niederlassung Frankfurt, Mendelssohnstraße 75-77,
Tel. 069-756 19 30
Niederlassung Berlin, Storkower Straße 97,
Tel. 030 72-42 20 12 15

VERSTÄNDNIS FÜR RADIKALE WÄCHST

„Für rechtsradikale Tendenzen wegen des Ausländerproblems“ haben Verständnis:

